

Themen dieser Ausgabe

Coronakrise: Musiklehrende massiv in ihrer Existenz bedroht

Coronakrise: Lehrbeauftragte an den Musikhochschulen vor finanzieller Notlage schützen

Coronakrise: GVL, DTKV und DJU für rasche und unbürokratische Hilfe

Coronakrise: Spendenaktion für freischaffende Musiker der Deutschen Orchesterstiftung
Beethoven zum 250. Geburtstag

Bewerberzahlen für die EDITION ZEITGENÖSSISCHE MUSIK (EZM) steigen weiter

Coronakrise: Musiklehrende massiv in ihrer Existenz bedroht

Die Auswirkungen der Coronakrise bedrohen die Musiklehrerinnen und Musiklehrer in selbständiger Tätigkeit massiv in ihrer Existenz. In der Regel müssen sich die freiberuflich Unterrichtenden selbstständig versichern und werden auch nur für die gegebenen Stunden honoriert. Für den Instrumental- und Vokalunterricht ist der Präsenzbetrieb im Grundsatz die Voraussetzung, das Unterrichten übers Netz kann nur additiv im Sinne einer betreuenden Funktion erfolgen. Durch die derzeitigen Maßnahmen zur Verlangsamung der Verbreitung des Coronavirus entfällt der Präsenzunterricht für Wochen, möglicherweise für Monate.

Hierzu **Prof. Martin Maria Krüger**, Präsident des Deutschen Musikrates: „Die freiberuflichen Musiklehrenden sichern einen Großteil des Instrumental- und Vokalunterrichts in unserem Land. Sie sind in den meisten Fällen sozial nicht bzw. nur rudimentär abgesichert und befinden sich mit ihrem Jahresbruttoeinkommen häufig in einer ohnehin schon als prekär zu bezeichnenden Beschäftigungssituation. Der Deutsche Musikrat fordert Länder und Gemeinden auf, die Angehörigen dieses Berufsstandes, der für unsere kulturelle Vielfalt so bedeutsam ist, in ihren Existenzen zu sichern.

Der Deutsche Musikrat hat sich seit Anfang März für unbürokratische und rasche Lösungen engagiert. Wir sind froh über das von der Bundesregierung beschlossene und vom Bundestag und Bundesrat in dieser Woche zu beratende Hilfspaket und danken der Kulturstatsministerin für ihr erfolgreiches Eintreten für die Kulturschaffenden.“

Weiterführende Informationen finden Sie auf <https://www.musikrat.de/musikpolitik/corona>.

Coronakrise: Lehrbeauftragte an den Musikhochschulen vor finanzieller Notlage schützen

Die Coronakrise beeinträchtigt massiv Wissenschaft, Forschung und Lehre der Universitäten und Hochschulen.

Ein Drittel, vielfach mehr als die Hälfte der Lehre an den 24 Musikhochschulen in Deutschland liegt in der Hand von Lehrbeauftragten. Sie werden je erteilter Unterrichtsstunde honoriert und müssen als selbständig Beschäftigte für ihre soziale Absicherung selbst aufkommen. Für etwa 60% der Lehrbeauftragten stellen die Einnahmen aus ihrer Unterrichtstätigkeit an den Musikhochschulen einen wesentlichen Teil ihres existenzsichernden Einkommens dar. Für das kommende Sommersemester sind mindestens gravierende Einschränkungen, wenn nicht gar der Ausfall des Hochschulbetriebes zu befürchten. Den Lehrbeauftragten, einer wichtigen Gruppe von Lehrenden an Musikhochschulen, droht eine finanzielle Notlage.

Dazu **Prof. Christian Höppner**, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, und die Vorsitzende der Rektorenkonferenz der deutschen Musikhochschulen, **Prof. Dr. Susanne Rode-Breymann**: „Die Lehrbeauftragten sichern gemeinsam mit den hauptamtlich Lehrenden den Lehrbetrieb der Musikhochschulen. Wir fordern die Parlamente und Regierungen der Länder auf, die Verdienstausfälle der Lehrbeauftragten, die durch die zu erwartenden Einschränkungen bzw. den Ausfall des Lehrbetriebes entstehen, auszugleichen. Andernfalls droht ein auf Jahre hinaus wirkender Aderlass für die künstlerische, wissenschaftliche und pädagogische Exzellenz der Musikhochschulen. Sollte es hier nicht zu einer raschen und unbürokratischen Regelung kommen, würde unsere Gesellschaft nicht ihrer sozialen Verantwortung für diese Berufsgruppe und der Verantwortung gegenüber den Studierenden gerecht werden.“

Die in Aussicht stehenden bzw. bereits beschlossenen Hilfspakete der Bundesregierung und der Länder für die Kulturschaffenden könnten einen Lösungsweg aufzeigen.

Die Rektorenkonferenz der Musikhochschulen ist Mitglied im Deutschen Musikrat.

Weitere Informationen zur aktuellen Lage finden Sie [hier](#). Der Deutsche Musikrat hat am 06. März 2020 eine Umfrage unter Kulturschaffenden über die Auswirkungen der Corona-Krise auf ihre Arbeit initiiert, um sich ein möglichst umfassendes Bild über die Probleme und finanziellen Schäden zu machen, die sich für die Musikszene Deutschlands aus der aktuellen Situation ergeben. Die Erkenntnisse aus dieser Umfrage sollen einen Beitrag dazu liefern, geeignete Hilfe-Maßnahmen anzustoßen. Die Umfrage läuft noch bis 31. März 2020 und ist unter folgendem Link zu erreichen: <https://www.surveymonkey.de/r/XZJSKBZ>.

Coronakrise: GVL, DTKV und DJU für rasche und unbürokratische Hilfe

Die Gesellschaft für die Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL), der Deutsche Tonkünstlerverband (DTKV) und die Deutsche Jazzunion (DJU) unterstützen den Deutschen Musikrat bei seiner Forderung auf ein zeitlich begrenztes Grundeinkommen für Kreative, um ihnen den Rücken zu stärken und trotz des Ausfalls von Auftritten und Aufträgen einen finanziellen Spielraum zu schaffen.

Darüber hinaus hat die GVL beschlossen, freischaffenden Künstlern für ausfallende Produktionen und Konzerte mit ersten Hilfszahlungen aus der Notlage zu helfen. An weiteren Maßnahmen werde gearbeitet.

Der DTKV und DJU begrüßen die Pläne des Bundeskabinetts für ein Hilfspaket, das auch Selbstständigen und kleinen Unternehmen in der Kreativszene zu Gute kommen könne, fürchten aber zu hohe damit verknüpfte bürokratische Hürden. Die Verbände fordern daher das zeitlich begrenzte Grundeinkommen, um die Kultur- und Kreativszene vor einem Kollaps zu bewahren.

Weitere Informationen zur GVL finden Sie [hier](#).

Die vollständige Pressemitteilung des DTKV können Sie [hier](#) nachlesen.

Zur Meldung der DJU gelangen Sie [hier](#).

Coronakrise: Spendenaktion für freischaffende Musikerinnen und Musiker der Deutschen Orchesterstiftung

Die Deutsche Orchesterstiftung (DOS) hat am 16. März zu einer bundesweiten Spendenaktion für freischaffende Musikerinnen und Musiker aufgerufen. Dieser Aufruf stößt auf eine breite Resonanz – ein Zeichen der Solidarität in schwieriger Zeit.

Damit wird durch die DOS ein Nothilfefonds geschaffen, der freischaffenden Musikerinnen und Musikern helfen soll, die durch abgesagte Konzerte und Auftritte in Existenznot geraten sind. Die finanziellen Hilfen sollen unbürokratisch und kurzfristig ermöglicht werden – den Antrag zum Download finden Sie unter: https://orchesterstiftung.de/fileadmin/media/pdf/Antrag_DO-S-Nothilfefonds.pdf.

Weitere Informationen zum Nothilfefonds finden Sie [hier](#).

Beethoven zum 250. Geburtstag

Gemeinsam mit Pfarrer Friedemann Schmidt-Eggert, Beauftragtem für das Beethovenjahr 2020 des Kirchenkreises Bonn bei der evangelischen Kirche Bonn, war Prof. Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, Anfang März zu Gast beim 63. Beethoventreff der Bürger für Beethoven in Bonn. Die Gesellschaft unter Vorsitz von Dr. Stephan Eisel wurde 1993 als Bürgerinitiative gegründet, um das Fortbestehen des Bonner Beethovenfests zu sichern, seit 2001 sind die Mitglieder als Freunde und Förderer mit vielfältigen Aktionen beim jährlichen Beethovenfest vertreten.

Diskutiert wurden vor dem Hintergrund des 250. Geburtstags des Komponisten gleichermaßen seine musikalische wie gesellschaftliche Bedeutung und Projekte im Rahmen von BTHVN2020.

Auch der WDR feiert Beethoven anlässlich des runden Geburtstages und hat dazu unter dem Motto „Lieber Ludwig...“ 250 Prominente aufgerufen, einen persönlichen Glückwunsch zu formulieren. Warum bewegt uns der Komponist bis heute? Den Beitrag von Prof. Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates, gibt es [hier](#) zum Nachhören.

Weitere Informationen zu den Bürgern für Beethoven finden Sie [hier](#).



©Arnulf Marquardt-Kuron/ v.l.n.r. Friedemann Schmidt-Eggert, Prof. Christian Höppner, Dr. Stephan Eisel

Bewerberzahlen für die EDITION ZEITGENÖSSISCHE MUSIK (EZM) steigen weiter

Im Rahmen der aktuellen Ausschreibung der EDITION ZEITGENÖSSISCHE MUSIK (EZM) reichten in diesem Jahr insgesamt 62 junge Komponistinnen und Komponisten repräsentative Partituren und Aufnahmen ein, um die begehrte Förderung durch die CD-Reihe zu erlangen. Damit liegt die Anzahl der Bewerbungen deutlich über den Zusendungen des vergangenen Rekordjahres. Anfang April wird das zwölfköpfige Auswahlgremium, dessen Vorsitz Prof. Wolfgang Rihm innehat, wieder bis zu vier Kandidatinnen und Kandidaten ermitteln, die zukünftig eine Porträt-CD in der EDITION erhalten werden.

Als Referenzreihe des Deutschen Musikrates für zeitgenössische Musik fördert die EZM mit ihren CD-Porträts seit mehr als drei Jahrzehnten erfolgreich junge Spitzenkräfte für Komposition und Interpretation neuer Musik aus Deutschland. Mit diesen musikalischen Visitenkarten und der verbundenen Empfehlung können sie sich einer breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland präsentieren. Die EZM setzt damit bedeutende Impulse für das zeitgenössische Musikleben auch international. Mit den bislang über 100 ausgewählten bei WERGO erschienenen Porträt-CDs dokumentiert die Reihe ein einzigartiges Panorama der jüngeren musikalischen Entwicklungen in Deutschland und fördert das Verständnis für aktuelle musikalische Ausdrucksformen.

Die EDITION ZEITGENÖSSISCHE MUSIK (EZM) ist eine Fördermaßnahme der Förderprojekte Zeitgenössische Musik des Deutschen Musikrates. Sie wird von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie von der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) gefördert. Die Produktionen der EZM entstehen überwiegend in Zusammenarbeit mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Weitere Informationen unter: www.zeitgenoessische-musik.de

Impressum/ Kontakt

Herausgeber

Deutscher Musikrat e.V.
Schumannstraße 17
D-10117 Berlin

V.i.S.d.P.

Prof. Christian Höppner
Generalsekretär des Deutschen Musikrates

Kontakt

Tel +4930 30881030
Fax +4930 30881011
generalsekretariat@musikrat.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Twitter](#) | [Facebook](#) | [Instagram](#)

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.